



Prof. Dr. Stefan Jost ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien.

VOM URIBISMO ZUR UNIDAD NACIONAL

KOLUMBIEN NACH DEN KONGRESS- UND PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Stefan Jost

Mit einem Referendum im Frühjahr hatte sich Staatspräsident Alvaro Uribe eine zweite Wiederwahl ermöglichen wollen. Die Auseinandersetzung darum prägte die politische Entwicklung in Kolumbien seit Ende 2008, eine sachpolitische Diskussion fand so gut wie nicht mehr statt. Eine erneute Kandidatur des seit 2002 amtierenden Uribe, an dessen Wiederwahl mit breiter Mehrheit bereits im ersten Wahlgang nach allgemeiner Einschätzung auch nicht der geringste Zweifel bestanden hätte, schwebte wie ein Damoklesschwert über den personalpolitischen Strategieüberlegungen aller Parteien. Ende Februar 2010 erteilte das Verfassungsgericht dem Wiederwahlreferendum aufgrund einfachgesetzlicher wie verfassungsrechtlicher Verstöße eine Absage. Damit war knapp zwei Wochen vor den Kongresswahlen zur Abgeordnetenversammlung und zum Senat am 14. März, aber vor allem natürlich für die Präsidentschaftswahlen am 30. Mai eine neue und klare Ausgangslage geschaffen. Die Post-Uribe-Phase war eingeleitet.

DIE KONGRESSWAHLEN – AUFTAKT ZUR KONTINUITÄT

Die Kongresswahlen am 14. März wurden zum ersten politischen Kräftemessen in einem Kontext, in dem Uribe noch immer präsent war, zwar nicht mehr als künftiger Präsidentschaftskandidat, jedoch als nicht zu unterschätzender, aber auch nicht genau einzuschätzender politischer Faktor. Die entscheidende Frage lautete, ob ein „Uribismo ohne Uribe“ mehrheitsfähig ist oder das bevorstehende Ende der Ära Uribe der Opposition einen unerwarteten Aufwind verschafft.

Das Ergebnis war eindeutig. Die beiden größten Parteien der bisherigen Uribe-Koalition, die Uribe-Partei *Partido Social de Unidad Nacional*, kurz „la U“ genannt, sowie die Konservative Partei (PCC) erreichten 50 der 102 Senatssitze und 81 der 166 Abgeordnetensitze. Aufgrund eines chaotischen Auszählverfahrens am Wahlabend und zahlreicher Anfechtungen ist die amtliche Auszählung jedoch noch nicht abgeschlossen, so dass die nachfolgenden Tabellen noch nicht das amtliche Endergebnis darstellen.¹

Tabelle 1

Das Wahlergebnis für den Senat: Die Kongresswahlen 2010 und 2006 im Vergleich²

Partei	Kongresswahlen 2010 ³			Kongresswahlen 2006		
	Stimmen	in %	Sitze ⁴	Stimmen	in %	Sitze
Partido Social de Unidad Nacional	2.804.123	25,17	28	1.642.256	17,49	20 (29)
Partido Conservador	2.298.748	20,63	22	1.514.960	16,13	18 (22)
Partido Liberal	1.763.908	15,83	17	1.457.322	15,52	17
Cambio Radical	888.851	7,98	8	1.254.294	13,36	15 (12)
Polo Democrático Alternativo	848.905	7,62	8	914.964	9,74	11
Partido de Integración Nacional	907.468	8,14	9	—	—	—
Partido Verde	531.293	4,77	5	—	—	—

- 1 | Der Beitrag wurde am 04.07.2010 fertiggestellt.
- 2 | Die Ergebnisse basieren auf den Angaben der Registraduría Nacional vom 16. März 2010 (Zusammenstellung und Vergleich mit 2006, sofern aufgrund der offiziellen Daten möglich, durch den Verfasser). Aufgeführt sind die stärksten Parteien.
- 3 | Angaben beruhen auf der Auszählung von 93,27 Prozent der Stimmen.
- 4 | Die restlichen fünf Sitze gehen an MIRA (zwei), Compromiso Ciudadano (einer) und zwei noch zuzuordnende für die indigene Vertretung.

Tabelle 2

Das Wahlergebnis für die Abgeordnetenkommer: Die Kongresswahlen 2010 und 2006 im Vergleich

Partei	Kongresswahlen 2010 ⁵			Kongresswahlen 2006		
	Stimmen	in %	Sitze	Stimmen	in %	Sitze
Partido Social de Unidad Nacional	2.230.914	25,42	45	1.244.835	o.A.	29 (40)
Partido Conservador	1.886.965	21,50	36	1.297.787	o.A.	29 (33)
Partido Liberal	1.616.208	18,41	35	1.505.950	o.A.	35
Cambio Radical	669.830	7,63	12	824.073	o.A.	21 (17)
Polo Democrático Alternativo	482.685	5,49	4	442.607	o.A.	7
Partido de Integración Nacional	506.139	5,76	12	—	—	—
Partido Verde	265.593	3,02	3	—	—	—

Diese Wahlen wurden nicht als vorgezogene Präsidentschaftswahlen interpretiert, dafür sind die bei diesen Kongresswahlen vorherrschenden lokalen, regionalen und personellen Einflüsse der Kandidaten zu stark. Vielmehr wurde das Ergebnis in erster Linie als ein Votum für Uribe und seine Politik verstanden, nicht als unmittelbares Votum für Santos, den ehemaligen Verteidigungsminister und Präsidentschaftskandidaten der „la U“. Dennoch war damit klar, dass ein „Uribismo ohne Uribe“ mehrheitsfähig ist. Dieses Wahlergebnis bedeutete für Santos eine Stärkung seiner Position in den Reihen der „la U“ und in der Wählerschaft einen breiten Auftrieb. Jetzt wurde ihm ein Sieg zugetraut.⁶ Noch wenige Tage vor den Kongresswahlen hatte er sich aus den eigenen Reihen öffentlich abstruse Vorschläge zur Steigerung seiner Wahlchancen geben lassen müssen.

5 | Die Angaben beruhen auf der Auszählung von 88,71 Prozent der Stimmen.

6 | Zu einer detaillierten Analyse der Kongresswahlen siehe den Länderbericht vom 17. März („Kolumbien hat gewählt“): http://kas.de/wf/doc/kas_19085-544-1-30.pdf [04.07.2010].

DER ERSTE WAHLGANG – AN DEN URNEN WIRD GEWONNEN

Nachdem in *consultas populares*, einer Art offener Vorwahlen, auch die Konservative Partei und der *Partido Verde* (Grüne Partei) ihre Spitzenkandidaten gewählt hatten, stand das Kandidatentableau für den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 30. Mai fest.⁷ Neben Santos für die „la U“ gab es insgesamt fünf weitere ernst zu nehmende Kandidaten: Rafael Pardo für die Liberalen (PL), Gustavo Petro für das linke Bündnis *Polo*, Germán Vargas Lleras für den *Cambio Radical* (CR) sowie Noemi Sanín für die Konservative Partei (PCC) und Antanas Mockus für den *Partido Verde* (PV).

Anfang April kam es zu dem Phänomen der „grünen Welle“. Der Kandidat des Partido Verde, Antanas Mockus, legte rasant in den Umfragen zu.

Seit Wochen belegten Santos und Sanín in den Umfragen die beiden vorderen Plätze. Dies schien, nachdem Sanín in einer erbitterten Auseinandersetzung knapp die innerparteilichen Vorwahlen der Konservativen Partei für sich entschieden hatte, für den PCC die Chance zu bieten, erstmals seit der Präsidentschaft Pastranas (1998 bis 2002) wieder ernsthaft in den Kampf um die Präsidentschaft eingreifen zu können. Das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Santos und Sanín währte jedoch nur bis Anfang April.

Dann kam es zu dem Phänomen der „grünen Welle“. Der Kandidat des *Partido Verde*, Antanas Mockus, legte rasant in den Umfragen zu. Mockus, ehemaliger Bürgermeister von Bogotá, hatte sich mit früheren Amtskollegen sehr unterschiedlicher politischer Provenienz verbündet und den PV als politische Plattform für seine Kandidatur genutzt.

Mockus profitierte von mehreren Faktoren. Zentrale Themen seiner Kampagne – Korruptionsbekämpfung, Haushaltsseriosität, Achtung der Institutionen, deliberativer Politikstil – legten zu Recht den Finger in so manche Wunde kolumbianischen Politikverständnisses und traditioneller Politikpraktiken. Die Botschaft eines Stil- und Politikwechsels verfiel, vor allem dank der in dieser Massivität in Kolumbien erstmals feststellbaren Nutzung der neuen

7 | Die liberale Partei und der *Polo* hatten, ebenfalls in *consultas populares*, bereits im September 2009 ihre Kandidaten nominiert.

sozialen Netzwerke via Facebook und Twitter vor allem durch die als „primivotos“ bezeichneten Erst- und Jungwähler, nicht zuletzt aber auch dank einer signifikanten Unterstützung durch Leitartikelschreiber und politische Kommentatoren.

Mockus gilt als autoritär und zeigt keinerlei Berührungängste mit dem Thema der „demokratischen Sicherheit“. Gleichzeitig werden ihm von der Linken positive Attribute zugerechnet.

Die Stärke des Kandidaten Mockus lag geraume Zeit in seiner Fähigkeit, Unvereinbares zusammenzuführen und Schwächen in Stärken zu verwandeln. So wird Mockus eher verbunden mit einer „rechten Agenda“. Er hat sowohl die Universidad Nacional als Präsident wie Bogotá als Bürgermeister mit harter Hand regiert. Der *Partido Verde* hat als erste Partei das Thema „urbane Sicherheit“ auf die Tagesordnung gesetzt. Mockus gilt als autoritär und zeigt keinerlei Berührungängste mit dem Thema der „demokratischen Sicherheit“: „Wenn ich die FARC wäre, würde ich zu Uribe rennen und verhandeln, denn was nach Uribe kommt, ist noch schlimmer für sie“, so Mockus. Gleichzeitig werden ihm von der Linken bestimmte positive Attribute zugerechnet. So gilt Mockus trotz seiner bisherigen politischen Laufbahn noch immer als „Outsider“ oder „Unabhängiger“. Er sammelte alle „Antis“ und eröffnete sich Zugänge zu traditionellen Enthaltungswählern.

Über eine beachtliche Strecke des Wahlkampfes erwies sich Mockus zunächst als „Teflon“-Kandidat. Widersprüche, Uninformiertheiten, unverständliche, da philosophisch verschachtelte Aussagen: alles schien ihm verziehen zu werden. Das Bekenntnis, an Parkinson zu leiden, nutzte ihm. Erst gegen Ende der Kampagne gewannen zunehmend Zweifel Raum, ob die Wahlbevölkerung angesichts der offensichtlichen Schwächen des Kandidaten die mit seiner Wahl verbundenen Unwägbarkeiten nicht letztendlich doch scheuen würde.

Der Wahlkampf war von einem deutlich geringeren Polarisierungsgrad geprägt als erwartet. Interessanterweise kam es eher zwischen affinen politischen Kräften zu Polarisierungen. So entwickelte sich beispielsweise zwischen dem *Partido Verde* und dem *Polo* ein Schlagabtausch aufgrund des durch Mockus im *Polo* ausgemachten Gewaltpotenzials und einer nicht hinreichenden Abgrenzung zu der Guerrillaorganisation FARC durch einige Teile des *Polo*.

Sanín wiederum schien streckenweise eher in Santos den bevorzugten politischen Gegner zu sehen.

Insgesamt entwickelte sich der Wahlkampf zunehmend themenorientiert, was nicht zuletzt durch eine Fülle von Fernsehduellen der Kandidaten befördert worden sein dürfte. Ein dominierendes Thema war jedoch nicht feststellbar. Dies schloss die „Politik der demokratischen Sicherheit“, das Markenzeichen der acht Uribe-Jahre, mit ein.

Santos entpersonalisierte den bis dahin allein auf ihn abgestellten Wahlkampf, stellte die Partei in den Mittelpunkt und akzentuierte stärker den Kontinuitätsgedanken zur Uribe-Regierung.

Hervorzuheben in dieser Phase des Wahlkampfes ist der Strategiewechsel durch Santos. Er entpersonalisierte den bis dahin allein auf ihn abgestellten Wahlkampf, stellte die Partei „la U“ stärker in den Mittelpunkt, forcierte eine Regionalisierung seiner Wahlkampagne und akzentuierte stärker den Kontinuitätsgedanken zur Uribe-Regierung.

Allerdings beließ er es nicht dabei, sondern setzte, teils behutsam, eigene Akzente. Überraschend rief Santos zu einer Regierung der *Unidad Nacional* (Nationale Einheit) auf, die alle Parteien mit einschließen sollte, um die zentralen Problemfelder der kolumbianischen Politik anzugehen.

Das Programm der *Unidad Nacional* umfasst folgende inhaltliche Politikfelder:

1. Arbeit: Angemessene Arbeitsplätze und Löhne. Zumindest ein Mitglied jeder Familie soll in einem formalen Beschäftigungsverhältnis stehen. Sozialer Dialog zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und der Regierung. Verringerung der Armut- und Arbeitslosenquote.
2. Demokratischer Wohlstand für alle: Gesundheit und qualitativ hochwertige Bildung im privaten Leben sowie am Arbeitsplatz, würdige Wohnbedingungen und Einkommensmöglichkeiten.
3. Politik der demokratischen Sicherheit: Konsolidierung dieser Politik und Stärkung der städtischen Sicherheit auf der Grundlage der Verfassung und der Achtung der Menschenrechte. Kampf gegen den Terrorismus.
4. Transparenz und keine Korruption: Geltung ethischer Prinzipien in öffentlichen Angelegenheiten; Kultur der

- Legalität und Intoleranz gegenüber Korruption, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor.
5. Gute Regierungsführung: exzellente, sachorientierte, effiziente, dezentralisierte, partizipative und verantwortungsvolle öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen. Zusammenarbeit mit der lokalen Führung, um die Entwicklung der Regionen zu fördern.
 6. Demokratische Institutionalität: Stärkung des demokratischen Staates mit Unabhängigkeit, Gleichgewicht und harmonischer Zusammenarbeit der Gewalten.
 7. Gerechtigkeit und keine Straffreiheit: Stärkung des Rechtsstaats durch striktes Vorgehen gegen Straffreiheit und eine unmittelbare und effiziente Justiz. Garantie des Rechtszugangs der Gesellschaft und der Individuen. Verteidigung der Rechte der Opfer durch die Prinzipien der Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung.
 8. Urbane und ländliche Agenda: Verbesserungen der Lebensbedingungen in den Städten durch Mobilität, Wohnraum, öffentliche Räume und Dienstleistungen für alle. Prosperierende und sichere ländliche Regionen zur Sicherstellung der umfassenden, legalen und nachhaltigen Bewirtschaftung des kultivierbaren Bodens (Land als Vorratskammer der Welt).
 9. Umwelt: Nachhaltige Nutzung des Umweltpotenzials. Verteidigung des Wassers als lebenswichtige Ressource. Kolumbien auf globaler Ebene als „Macht der Biodiversität“ positionieren.
 10. Internationale Beziehungen: Die Eingliederung des Landes in die Weltordnung verstärken und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten auf der Grundlage des Respekts und der Zusammenarbeit enger gestalten. Die politische Führung Kolumbiens soll auf der internationalen Bühne anerkannt sein.

Mit diesem Programm und der Ankündigung der *Unidad Nacional* konnte Santos glaubhaft vermitteln, dass er trotz aller Kontinuität zur Regierung Uribe über mehr Gespür für soziale und über die „Politik der demokratischen Sicherheit“ hinausgehende Probleme hat, als ihm zugeschrieben wurde. Diesem Ziel diene auch die in den eigenen Reihen nicht unumstrittene Ernennung des ursprünglich aus der Kommunistischen Partei kommenden Gewerkschafters Angelino Garzón zum Kandidaten für das Amt des Vize-Präsidenten.

Das Rennen um die Präsidentschaft spitzte sich zunehmend zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Santos und Mockus zu. Während Mockus in manchen Umfragen Santos vom ersten Platz verdrängte, landete Sanín seit Anfang April abgeschlagen auf dem dritten Platz, allen anderen Kandidaten wurden ebenfalls kein ernsthaftes Eingreifen mehr zugetraut. Das Ergebnis des ersten Wahlganges am 30. Mai war schließlich in vielfacher Hinsicht überraschend.

Tabelle 3

Die Ergebnisse des ersten Wahlganges und der Kongresswahlen im Vergleich

Kandidat (Partei)	Präsident-schaftswahlen am 30.05.2010 ⁸		Kongresswahlen am 14.03.2010 ⁹	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %
Santos (Partido de la U)	6.758.539	46,56	2.804.123	25,17
Mockus (Partido Verde)	3.120.716	21,49	531.293	8,14
Vargas Lleras (Cambio Radical)	1.471.377	10,13	888.851	7,98
Petro (Polo Democrático)	1.329.512	9,15	848.905	7,62
Sanín (Partido Conservador)	892.323	6,14	2.298.748	20,63
Pardo (Partido Liberal)	636.624	4,38	1.763.908	15,83
Calderon (Apertura Liberal)	33.924	0,23	95.157	o.A.
Devía (La Voz de la Consciencia)	32.080	0,22	—	—
Araujo (Alianza Social Afrocolombiana)	15.701	0,10	11.767	o.A.

Wieder einmal bestätigte sich ein Gesetz der kolumbianischen politischen Kultur: Kongresswahlergebnisse lassen sich nicht auf Präsidentschaftswahlen übertragen. Die Wähler fühlen sich bei Präsidentschaftswahlen sehr viel freier als bei Kongress- oder gar Regional- und Kommunalwahlen, wo lokale und personale Strukturen deutlich stärker zum Tragen kommen.

8 | Auf der Basis von 99,7 Prozent der Wahllokale.

9 | Das amtliche Endergebnis steht noch nicht fest.

Santos erzielte ein in dieser Höhe nicht erwartetes Ergebnis. Dies zeigte noch deutlicher als die Kongresswahlen, dass der „Uribismo nach Uribe“ signifikant stärker ist als erwartet. Santos gelang es besser als nach den Umfragen

Santos wurde zu einem Kandidaten einer gewünschten Kontinuität. Dies zeigt auch, dass sich die häufig beschworene unversöhnliche Spaltung der kolumbianischen Gesellschaft in „pro und contra Uribe“ prioritär auf die politische Klasse bezieht.

zu erwarten war, das positive Potenzial der Regierung Uribe und das hohe Ansehen von Uribe selbst für seine „Kandidatur der Kontinuität“ zu nutzen, und weniger als erwartet für die ebenfalls existente Negativ-Bilanz der Regierung Uribe abgestraft zu werden.

Santos wurde von einem Kandidaten mit begrenzter, wenn nicht sogar potenziell gefährlicher Erbschaft zu einem Kandidaten einer gewünschten Kontinuität. Dies zeigt auch, dass sich die häufig beschworene unversöhnliche Spaltung der kolumbianischen Gesellschaft in „pro und contra Uribe“ prioritär auf die politische Klasse bezieht, während in der breiten Bevölkerung Uribe und sein Regierungslegat in hohem Ansehen stehen.

Auch wenn eine schlichte Addition der Ergebnisse politisch nur begrenzt aussagefähig ist, sind auch die Ergebnisse von Vargas Lleras und Noemi Sanín dem *uribismo* zuzurechnen. Dies bedeutet rund 9,1 von 14, 3 Millionen Stimmen. Beide Parteien, *Cambio Radical* (CR) und *Partido Conservador Colombiano* (PCC), waren zuverlässige Verbündete der Regierung Uribe. Es war daher nicht verwunderlich, dass Santos am Wahlabend PCC und CR an erster Stelle einlud, Partner seiner Regierung zu werden.

Mockus erzielte ein beachtliches, wenn auch deutlich hinter den Umfragen zurückbleibendes Ergebnis und kam damit in die Stichwahl. Aus der „grünen Welle“ wurde kein „grüner Tsunami“, wie noch in den letzten Tagen vor der Wahl spekuliert wurde. Es ist „sein“ Ergebnis und sollte nicht als Ergebnis des Partido Verde gedeutet werden. Diese Partei diente Mockus lediglich als politisches Vehikel einer Kandidatur. Er, nicht die Partei, war die zentrale „Botschaft“, auf die viele ihre sehr heterogenen Vorstellungen und Erwartungshaltungen projizierten. Die Gründe für das gegenüber den Umfragen deutlich schlechtere Abschneiden sind vielfältig. An Hinweisen darauf hat es jedoch nicht gefehlt. Erkennbar wurde, dass Mockus und der Anstieg der „grünen Welle“ noch deutlicher als

erwartet ein Ergebnis des „voto de opinión“ waren, eines „Meinungsphänomens“, dem auf der Zielgeraden die Luft ausging. Im Zuge einer stärkeren thematischen Debatte traten die Schwachstellen des Projekts Mockus konturierter hervor. Dies führte offensichtlich zu einer „Rationalisierung des Stimmverhaltens“, das in einem Sieg Mockus' einen „Sprung ins Leere und Ungewisse“ (*salto al vacío*) sah und in letzter Konsequenz davor zurückschrecken ließ.

Die Überraschungen des ersten Wahlgangs waren neben Santos vor allem Vargas Lleras und Gustavo Petro, die beide deutlich besser als in den Umfragen und auch bei den Kongresswahlen abgeschnitten haben. Vargas Lleras konnte sich zunehmend als programmatischer Kandidat profilieren und landete knapp vor Petro auf dem dritten Platz. Petro wiederum kann sich in seinem

Modernisierungskonzept einer Mitte-links-Option mit Koalitionsbereitschaft bestärkt sehen. Ob daraus eine Spaltung des Polo entstehen kann, die fundamentalistischen Sektoren eigene Wege gehen und sich daraus

Vargas Lleras wie Petro haben ihren politischen Gestaltungsanspruch untermauert und einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur angestrebten Präsidentschaft zurückgelegt.

eine Option für eine Neuformierung der parteiorganisatorischen moderaten Linken ergibt, bleibt abzuwarten. Vargas Lleras wie Petro haben mit diesem Wahlergebnis jedenfalls ihren politischen Gestaltungsanspruch untermauert und einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur angestrebten Präsidentschaft zurückgelegt.

Für eine in diesem Ausmaß nicht erwartete negative Überraschung sorgte der liberale Kandidat Rafael Pardo. Er landete abgeschlagen auf dem sechsten Platz, mit 4,38 Prozent knapp über der Grenze, die die Partei noch für die Wahlkampfkostenerstattung legitimiert. Auch wenn man nicht viel erwartet hatte, dieses Wahlergebnis ist nach den erfolgreichen Kongresswahlen ein dramatischer Rückschritt. Der *Partido Liberal* (PL) sah sich damit vor die Situation gestellt, auf weitere vier und damit insgesamt 16 Jahre von der Beteiligung an der Macht ausgeschlossen zu sein oder den Sprung ins Santos-Lager zu wagen. Vor diesem Hintergrund ist die Betonung von Santos am Wahlabend, dass er aus dem liberalen Lager komme, zu verstehen.

Die Konservative Partei (PCC) steht vor einem Scherbenhaufen: Knapp sechs Prozent der Stimmen für die Kandidatin Sanín und der fünfte Platz unter sechs ernsthaften Kandidaten. Mit der Kandidatur Saníns hoffte der PCC, seinen Anspruch auf politische Führung durchsetzen, zumindest aber seinen eigenständigen „Willen zur Macht“ manifestieren zu können. In der letzten Phase des Wahlkampfes hoffte der PCC zumindest auf eine *votación decente*, also ein „akzeptables Abstimmungsergebnis“, das auf etwa zwei Millionen Stimmen angesetzt wurde. Beide Ziele wurden verfehlt. Nun steht der PCC vor einem Wahlergebnis, das die schlimmsten Befürchtungen noch übertrifft. Im Vergleich zur Kongresswahl verlor er rund 1,3 Millionen Stimmen, im Verhältnis zur *consulta popular* zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten sogar rund 1,6 Millionen Stimmen. Die Kandidatin Sanín war nicht einmal in der Lage, ihre rund 1,1 Millionen Stimmen bei der Urwahl zu erreichen. Selbst in Hochburgen des PCC wie beispielsweise Antioquia kam sie nur auf knapp über neun Prozent.

Die Sanín-Strategie konnte weder eine pro- noch eine contra-uribistische Linie entwickeln. Dies führte dazu, dass uribistische PCC-Wähler direkt zu Santos gingen.

Die Gründe für dieses Wahlergebnis sind vielfältig. Zum einen konnte Sanín nicht vermitteln, dass der PCC geschlossen hinter ihr stand. Die erbitterte Auseinandersetzung um die Spitzenkandidatur der Partei hatte tiefe Wunden geschlagen. Teile der Parteimaschinerie dürften dem spät geschlossenen Burgfrieden zwar zugestimmt, sich aber nicht mit voller Konsequenz im Wahlkampf beteiligt haben. Die Sanín-Strategie konnte auf Dauer weder eine pro- noch eine contra-uribistische Linie entwickeln, die als authentisch empfunden worden wäre. Dies führte dazu, dass uribistische PCC-Wähler, nicht zuletzt aufgrund der Angriffe von Sanín gegen Santos, direkt zu Santos gingen, während die unabhängigen Wähler zu Mockus wechselten. Gerade sie waren für Saníns Sieg in der *consulta popular* entscheidend.

Die absoluten Verlierer des Wahlabends waren die Umfrageinstitute. Bis heute gibt es keine plausible Erklärung dafür, wie alle Institute mit ihren Prognosen derart neben dem tatsächlichen Wahlergebnis liegen konnten.

„TOCOSAN“ – AUF DEM WEG ZUM ZWEITEN WAHLGANG

Die drei Wochen bis zum zweiten Wahlgang am 20. Juni 2010 waren nicht mehr als eine Pflichtübung. An einem Wahlsieg Santos' zweifelte keiner mehr, Wetten wurden nur noch über die Höhe des Sieges abgeschlossen. Sollte Mockus je eine ernsthafte Chance gehabt haben, Santos im zweiten Wahlgang gefährlich zu werden, verspielte er diese auch nach Ansicht wohlmeinender Beobachter noch am Wahlabend des 30. Mai. In einer Manier, die an einen Urlaubsanimateur erinnerte, verknüpfte er Gesänge mit fundamentalistischen Botschaften. Dieser erratische Auftritt war für viele der Schlusspunkt einer nicht mehr zu gewinnenden Kampagne.

Nach dem fulminanten Wahlergebnis von Santos im ersten Wahlgang und seinem erkennbar ernst gemeinten Aufruf zur *Unidad Nacional* entstand nun eine Konstellation des „*Todos con Santos*“ – „Alle mit Santos“.

Der Wahlkampf selbst brachte keine besonderen Höhepunkte mehr. Santos konnte sich noch stärker als ein souveräner Kandidat profilieren, während die bereits in den vorangegangenen Wochen erkennbaren Schwächen des Gegenkandidaten Mockus einen deutlichen Kontrast markierten.

Dass es am Wahlausgang keinerlei Zweifel gab, war vor allem auf den Bedeutungswandel der über Wochen beschworenen Formel „*tocosan*“ zurückzuführen. Diese hatte ihren Ursprung in der Phase, in der laut Umfragen Santos und Sanín in den zweiten Wahlgang einziehen würden und sich in dieser Konstellation alle Oppositionskräfte um Sanín scharen würden, um Santos zu verhindern: *Todos contra Santos* – „Alle gegen Santos“. Nach dem fulminanten Wahlergebnis von Santos im ersten Wahlgang und seinem erkennbar ernst gemeinten Aufruf zur *Unidad Nacional* entstand nun eine Konstellation des „*Todos con Santos*“ – „Alle mit Santos“.

Die Konservative Partei sowie die große Mehrheit der liberalen Partei und deren Kongressmitglieder schlossen sich Santos an. Der *Cambio Radical* folgte wenig später. Mockus dagegen lehnte ein Koalitionsangebot des *Polo* ab und ging ohne zusätzliche formalisierte Unterstützung alleine in

den zweiten Wahlgang. Vor diesem Hintergrund war das Wahlergebnis vom 30. Mai keine Überraschung. Selbst die Umfrageinstitute lagen mit ihren Prognosen gut.

Tabelle 4

Ergebnisse des ersten und zweiten Wahlganges der Präsidentschaftswahlen

Kandidat (Partei)	Zweiter Wahlgang am 20.06.2010		Erster Wahlgang am 30.05.2010	
	Ergebnis (absolut)	Ergebnis (in %)	Ergebnis (absolut)	Ergebnis (in %)
Santos (Partido de la U)	9.004.221	69,05	6.758.539	46,56
Mockus (Partido Verde)	3.588.819	27,52	3.120.716	21,49

BEWERTUNG DES WAHLERGEBNISSES

Wenige Wochen nach der Wahl ist es selbstverständlich verfrüht, angesichts des neuen und in vielfacher Hinsicht im Fluss befindlichen politischen Kontextes gesicherte Erkenntnisse formulieren zu wollen.

Dennoch sollen einige erste Schlussfolgerungen und Überlegungen mit Blick auf denkbare künftige Entwicklungslinien formuliert werden.

1. Santos wurde in mehrfacher Hinsicht falsch eingeschätzt. Dies betrifft seine eigenen Fähigkeiten als Wahlkämpfer. Im Wahlkampf begann Santos eher verhalten, war aber rasch zu einem Strategiewechsel in der Lage, gewann sichtbar an Statur und wurde trotz seiner Anknüpfung an die Regierung Uribe nicht als von Uribe aus dem Präsidentenpalast ferngesteuerter Strohhalm wahrgenommen.

Im Wahlkampf begann Santos eher verhalten, war aber rasch zu einem Strategiewechsel in der Lage, gewann sichtbar an Statur und wurde nicht als Strohhalm von Uribe wahrgenommen.

Santos ist es gelungen, sich als Kandidat der Kontinuität der Ära Uribe zu präsentieren und deren positives Erbe für sich politisch zu kapitalisieren ohne, wie lange befürchtet oder erhofft, für die Negativperzeption der Regierung Uribe verantwortlich gemacht zu werden. Eigene Ansätze konnte er glaubhaft vermitteln. Seine

thematische Bandbreite und Sensibilität verhinderten es, dass er als auf die „Politik der demokratischen Sicherheit“ reduzierter Kandidat wahrgenommen wurde. Der Aufruf zu einer Regierung der *Unidad Nacional* und das Zehn-Punkte-Programm, wenngleich sehr allgemein gehalten, haben dabei eine gewichtige Rolle gespielt.

2. Nach dem klaren Ergebnis des ersten Wahlgangs gab es auch Überlegungen, dass alle anderen Kandidaten ihre Kandidatur zurückziehen sollten, um Santos ohne zweiten Wahlgang die Präsidentschaft zu ermöglichen. Santos ist mit dem jetzigen Ergebnis jedoch mehr gedient als mit dem Ergebnis des ersten Wahlganges. Der Plebiszitcharakter des zweiten Wahlganges eröffnet ihm einen äußerst breiten Handlungsspielraum und eine Unabhängigkeit, die er in seiner Rede in der Wahlnacht des 20. Juni auch zum Ausdruck brachte.

3. Die Regierung Santos verfügt im neuen Kongress über rund 85 Prozent der Sitze. Allein die Partei „la U“ und die Konservative Partei nähern sich in der Abgeordnetenversammlung und dem Senat der absoluten Mehrheit. Das Problem der „Regierbarkeit“ (*governabilidad*) dürfte sich vor diesem Hintergrund zunächst für Santos nicht stellen. Allerdings ist die Heterogenität dieser Koalition nicht zu unterschätzen. Hinzu kommt, dass die jeweiligen Koalitionspartner keinen übergreifenden gemeinsamen Koalitionsvertrag geschlossen haben, sondern der Anschluss an Santos auf jeweils bilateraler Ebene erfolgte. Dies erleichterte zunächst den Abschluss des jeweiligen Abkommens, beinhaltet jedoch auf längere Sicht eine ganze Reihe von Sollbruchstellen. Diese betreffen die Machtaufteilung zwischen den Parteien, die so genannte „bürokratische Quote“, aber auch inhaltliche Fragen und unvermeidbare Kompromisse. Wie es ein konservativer Politiker ausdrückte: „Wo wir stehen, stehen wir gut, aber mit zu vielen.“

Santos hat einen großen strategischen Vorteil aufgrund der Breite des Bündnisses der Unidad Nacional, die jeden einzelnen Partner für sich gesehen verzichtbar macht.

Santos hat in dieser Gemengelage für geraume Zeit einen großen strategischen Vorteil. Zum einen in Form seines Wahlergebnisses. Zum anderen aufgrund der

Breite des Bündnisses der *Unidad Nacional*, die jeden einzelnen Partner für sich gesehen verzichtbar macht. Das Drohpotenzial einer Aufkündigung der Koalition ist damit auf absehbare Zeit denkbar gering. Gelingt es Santos, in den ersten Monaten durch bestimmte Entscheidungen, Verhaltensweisen und einen stärker konsensorientierten Politikstil eine post-elektorale Akzeptanz bei der Bevölkerung zu gewinnen, wird er auf absehbare Zeit die *Unidad Nacional* zusammenhalten können. Die Zeichen dafür stehen gut.

4. In diesem Kontext kommt es entscheidend darauf an, wie Santos sein Institutionenverständnis in die Praxis umsetzt. Sein Bekenntnis zur Gewaltenteilung und insbesondere zu einer unabhängigen Justiz hat einen sehr konkreten Hintergrund. Das gespannte bis konfliktive Verhältnis zwischen Staatspräsident Uribe und Teilen der Gerichtsbarkeit hat zu einem *choque de trenes*, zu einem „Aufeinanderprallen der Züge“ mit problematischen Begleiterscheinungen geführt. So harrt die Wahl des Generalstaatsanwalts seit über einem Jahr der Durchführung.

Unmittelbar nach seiner Wahl traf sich Santos mit allen Präsidenten der Obersten Gerichte. Dies scheint den Weg freizumachen für eine konfliktfreiere Beziehung zwischen der Justiz und dem Staatspräsidenten.

Unmittelbar nach seiner Wahl traf sich Santos mit allen Präsidenten der verschiedenen Obersten Gerichte des Landes. Dies scheint den Weg freizumachen für eine signifikant konfliktfreiere Beziehung zwischen der Justiz und dem Staatspräsidenten.

5. Das Projekt *Unidad Nacional* sollte nicht allein als kurzfristiger Wahlkampfschlager missinterpretiert werden. Dieser Aufruf ist als ein Signal an die Gesellschaft wie die politischen Eliten zu verstehen. Santos hat Taten folgen lassen. Dies betrifft die Abkommen mit verschiedenen Parteien, die Offenheit selbst einer Zusammenarbeit mit dem *Polo* und dem *Partido Verde* gegenüber.

Dies ist aber auch in seinen Ankündigungen über die Struktur seiner Regierung zu entnehmen. So wird die unter Uribe vorgenommene Zusammenlegung einer Reihe von Ministerien rückgängig gemacht. Santos hat unter anderem die Schaffung eines eigenständigen Justiz- und Umweltministeriums angekündigt. Auch

der Sozialbereich soll durch verschiedene Ministerien abgedeckt werden.

Abgesehen davon, dass ihm diese Schaffung neuer Ministerien natürlich auch personellen Handlungsspielraum verschafft, macht es doch deutlich, dass Santos den im Wahlkampf und in den Abkommen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen und thematische Schwerpunkte verfolgen will.

Ob sich die *Unidad Nacional* zu einer Regierung ohne Opposition entwickelt, bleibt abzuwarten. Parteiorganisatorisch besteht die Opposition im Wesentlichen aus dem *Polo* und dem *Partido Verde*.

Hinsichtlich des *Polo* muss sich erweisen, ob und inwieweit er zu einem geschlossenen parlamentarischen Handeln in der Lage sein wird, der *Partido Verde* wiederum verfügt über keine größere parlamentarische Erfahrung. Zudem kommt Mockus der Begriff „Opposition“ schwer über die Lippen. Er schließt nicht aus, die Regierung dort zu unterstützen, wo sie die richtigen Ansätze verfolgt.

Es ist nicht auszuschließen, dass sich die eigentliche Opposition aus dem Kontext der *Unidad Nacional* selbst entwickelt. Vor allem ist nicht zu erwarten, dass Parteiführer wie Vargas Lleras ihren Präsidentschaftsambitionen abschwören werden.

Das Zehn-Punkte-Programm der *Unidad Nacional* ist in seiner Allgemeinheit unterschriftstauglich, hier muss sich jedoch erst noch erweisen, welche konkrete Linie der künftige Staatspräsident im Einzelnen verfolgt, und wie es ihm gelingt, die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Bündnispartner kompromissfähig zu gestalten.

Es ist mittelfristig nicht auszuschließen, dass sich die eigentliche Opposition aus dem Kontext der *Unidad Nacional* selbst entwickelt. Vor allem ist nicht zu erwarten, dass Parteiführer wie beispielsweise Vargas Lleras nur wegen ihrer Beteiligung in der *Unidad Nacional* für die nächsten acht Jahre, Santos Ehrgeiz zur Wiederwahl unterstellt, ihren Präsidentschaftsambitionen abschwören werden.

6. Santos hat bereits in der Wahlnacht deutlich gemacht, dass er die Parteien als Institutionen sehr ernst nimmt, dies jedoch nicht bedeutet, dass er an traditionellen

Vergabekriterien politischer Macht festhalten will. Stattdessen müssten sich Parteien ihres dienenden Charakters bewusst werden. Angesichts der politisch-kulturellen Traditionen Kolumbiens eine große Ankündigung.

Die ersten bekannt gewordenen Personalentscheidungen des künftigen Präsidenten geben jedoch einen Vorgeschmack darauf, dass es Santos, anstatt sich auf eine Quotendiskussion einzulassen, eher darauf ankommt, sich mit fachlich ausgewiesenen Personen zu umgeben. Diese können im Einzelfall durchaus einen parteipolitischen Hintergrund haben, müssen jedoch nicht zu den einflussreichen Politikern der jeweiligen Parteien zählen.

7. Auch wenn die „grüne Welle“ Mockus nicht bis in den Präsidentenpalast gespült hat, sollten weder die anderen Parteien noch Santos die Botschaft unterschätzen, die mit diesem noch vor wenigen Monaten unerwarteten Erfolg einer Splitterpartei verbunden ist. Vielmehr sollten sie ihn in ihrer mehrfacettigen Bedeutung für die Politik und Demokratie des Landes sehr intensiv analysieren. So heterogen bis diffus die auf Mockus projizierten Erwartungen auch waren, kommt darin ein partizipationsbereites Protestpotential zum Ausdruck, dessen Inhalte ernst genommen werden sollten, und dessen Unterstützer für die kolumbianische Demokratie nicht verloren gehen sollten.
8. Nicht erst seit dem Triumph von Santos ist die Frage, wie uribistisch Santos ist und ob er es bleiben wird, oder ob sich eine Konstellation „Santismus vs. Uribismus“ herauskristallisieren wird, ein beliebtes Spekulationsthema.

Santos wird ein Politikstil bescheinigt, der weniger caudillohaft ist als der Stil Uribes, stattdessen institutionenorientierter, stärker delegierend und stärker am Konsens orientiert.

Der Kern dieser Spekulation birgt die Überzeugung, dass Santos mehr ist oder werden kann als eine Uribe-Verlängerung. Ihm wird ein Politikstil bescheinigt, der weniger caudillohaft ist als der Stil Uribes, stattdessen institutionenorientierter, stärker delegierend und stärker am Konsens orientiert. Vieles spricht für die These, dass Santos, aufbauend auf den Errungenschaften der Uribe-Ära, einen

continuismo básico verfolgt, darüber hinaus aber seine eigenen Schwerpunkte setzt.

Abschließend soll auf die Frage eingegangen werden, welche Auswirkungen und Herausforderungen diese Präsidentschaftswahlen und die Bildung der *Unidad Nacional* auf die jeweiligen Parteien und das Parteiensystem insgesamt zeitigen werden.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE PARTEIEN

In einer Phase, in der ein Sieg von Manuel Santos nicht als gesichert gelten konnte, wurden bereits Überlegungen darüber angestellt, ob die Uribe-Partei „la U“ als Oppositionspartei eine Überlebenschance hätte. Die „la U“ als stärkste Regierungs- und Präsidentenpartei steht vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen muss sie sich als Präsidentenpartei neu ausrichten, zum anderen geht es auf einer viel niedrigeren, aber umso anspruchsvolleren Ebene darum, nachhaltige und tragfähige Parteistrukturen aufzubauen. Auch nach Aussagen eigener Kongressmitglieder ist die „la U“ parteiorganisatorisch eher eine Walkampfmaschine denn eine strukturierte Partei.

Die „la U“ muss sich als Präsidentenpartei neu ausrichten und nachhaltige und tragfähige Parteistrukturen aufbauen.

Die Konservative Partei steht vor sehr viel schwierigeren Zeiten. Die innerparteiliche Aufarbeitung der letzten Monate, beginnend mit der die Partei spaltenden Auseinandersetzung um die Präsidentschaftskandidatur bis hin zum desaströsen Wahlergebnis von Sanín, wurde durch den zweiten Wahlgang und die Koalition mit Santos überlagert, dürfte aber nicht mehr lange auf sich warten lassen. Welche Kräfte und Strömungen sich hier wie gruppieren, ist aktuell nicht einschätzbar.

Die Partei muss sich neu aufstellen. Erleichtert wird ihr dies durch eine starke Präsenz im Kongress und in den Regionen. Erschwert wird ihr dies durch ein geringeres Gewicht im Gefüge der *Unidad Nacional*. Auch der PCC ist verzichtbar geworden. Darüber darf die Beschwörung der tragenden Rolle in der Uribe-Koalition nicht darüber hinwegtäuschen. In den nächsten Jahren muss der PCC über eine Stärkung seines programmatischen Eigenprofils sowohl der Partei wie der Fraktionen in der Abgeordnetenversammlung und dem

Senat, aber auch durch eine parteiorganisatorische Modernisierung bis in die Regionen hinein die Grundlage für einen glaubhaften nationalen Führungsanspruch legen.

In keiner einfachen Situation befindet sich der *Cambio Radical*. Diese Partei ist überaus stark personenkonzentriert und verfügt ebenfalls über wenige Parteistrukturen. Als der kleinste der Koalitionspartner dürfte ihm eine personelle Profilierung in der Koalition erschwert werden. Bleibt die Frage, inwieweit er sich inhaltlich konturieren kann. Hinzu kommt aber vor allem, dass Vargas Lleras im Reigen der führenden Koalitionspolitiker, Santos ausgenommen, ohne Frage einer der profiliertesten Persönlichkeiten ist und seine Ambitionen auf das Präsidentenamt kaum aufgeben wird. Ob und wie lange eine solche Konstellation in die *Unidad Nacional* eingebunden werden kann, bleibt abzuwarten.

Die Liberale Partei (PL) konnte ihren Beitritt zur *Unidad Nacional* nicht geschlossen vollziehen. Einige Abgeordnete und Senatoren verweigerten sich diesem Schritt. Inwieweit dies zu einem offiziellen Übertritt zum PV oder zum *Polo* führt, kann noch nicht abgeschätzt werden. Für den PL bietet die *Unidad Nacional* nach langen Jahren der Opposition die Möglichkeit, an der Regierungsmacht beteiligt zu sein, wenngleich in begrenzter Form. Zunächst ungeklärt bleibt, inwieweit die heterogenen parteiinternen Strömungen, überwiegend repräsentiert durch zwei ehemalige liberale Staatspräsidenten, Gaviria und Samper, ihre Interessen verwirklicht sehen, wenn nach dem Honeymoon mit Santos erste Kompromisse anstehen.

Santos betont häufig seine Herkunft aus dem liberalen Lager. Fraglich ist, ob die Wiederannäherung der drei liberalen Gruppierungen in der *Unidad Nacional* die Keimzelle einer neuen liberalen Formation darstellen kann.

In diesem Zusammenhang ist auf eine andere, in Kolumbien noch nicht debattierte denkbare Entwicklung hinzuweisen. Santos betont im Gegensatz zu Uribe häufig seine Herkunft aus dem liberalen Lager. Santos denkt weitaus langfristiger und strategischer als ihm das politische Beobachter zugetraut haben. In einem ersten Schritt ist es ihm gelungen, alle drei liberalen oder aus dem liberalen Lager entstandenen Parteien, „la U“, PL und CR, unter dem Dach der *Unidad Nacional* zusammenzubringen. Fraglich ist, ob diese Wiederannäherung der drei liberalen Gruppierungen

in der *Unidad Nacional* die Keimzelle einer neuen liberalen Formation darstellen kann.

Eine solche Strategie könnte für Santos realistischer sein als darauf zu hoffen, dass es zu einer über Koalitionsabsprachen hinausgehenden Kooperationsform mit der Konservativen Partei kommen könnte. Zwar ist eine programmatische Nähe zur Konservativen Partei gegeben, was nach konservativer Lesart nur das historische Bonmot bestätigt, dass ein Liberaler nichts anderes sei als ein intelligenter Konservativer. Doch auch wenn es im PCC eine gewisse Strömung gibt, die durchaus bereit wäre, in eine andere Form der Kooperation mit „la U“ einzutreten, dürfte die Partei insgesamt kaum bereit sein, 160 Jahre eigene Parteigeschichte über Bord zu werfen.

Das beachtliche Ergebnis für den *Polo* hat nicht zu einem unumstrittenen Führungsanspruch von Petro geführt. Vielmehr hat dessen nach der Wahl bekundete Bereitschaft, Santos in den für den *Polo* zentralen Politikbereichen wie zum Beispiel der Landfrage zu unterstützen, zu einer offiziellen Desautorisierung und zu Spekulationen über einen Parteiausschluss oder einen Austritt geführt.

Ganz offensichtlich hat sich das Linksbündnis gespalten: Hier die linksfundamentalistischen Kader und dort eine gemäßigte, auf Kooperation und Koalition setzende Strömung.

Ganz offensichtlich hat sich das Linksbündnis gespalten: Hier die alten, traditionellen und linksfundamentalistischen Kader, deren Verhältnis zur Gewalt in der Tat nicht durchgängig zweifelsfrei ist und die mit ihrem absoluten Wahrheitsanspruch die Oppositionsrolle bevorzugen, und dort eine gemäßigte, auf Kooperation und Koalition setzende Strömung. Das Kräfteverhältnis dieser Strömungen ist allerdings schwer abschätzbar.

Ob aus der innerparteilichen Spaltung auch kleinere Abspaltungen oder eine gesamtorganisatorische Spaltung hervorgehen, bleibt abzuwarten. Dies könnte zu einer Wiederformierung der radikalen Linken auf der einen Seite führen und auf der anderen zu einer Art sozialdemokratischer Partei zusammen mit denjenigen Teilen der liberalen Partei, die den Santos-Anschluss ablehnen. Dies wiederum könnte, eine Stabilisierung des *Partido Verde* vorausgesetzt, zu einer weiteren Option der Zusammenarbeit oder Fusion führen. Der *Partido Verde* hat trotz seines Namens mit „grüner

Bewegung“ recht wenig zu tun. Es handelt sich um eine Splitterpartei, die mittels der Kandidatur von Mockus, der eine rechtlich gesicherte Plattform für seine Präsidentschaftskandidatur benötigte, in eine Sphäre geschleudert wurde, in der die Voraussetzungen aktuell nicht gegeben sind, die für das politische Überleben erforderlich sind.

Mockus hat in einer ausgesprochen guten Rede am Wahlabend des 30. Mai klar gemacht, dass nun der Ausbau des *Partido Verde* prioritäre Aufgabe ist, vor allem mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen, zu denen man breit mit eigenen Kandidaten antreten wolle. Der Umstand, dass Mockus mit seinem Stimmenanteil nicht wie befürchtet abgefallen ist, sondern, wenngleich in begrenztem Umfang, zulegen konnte, bietet eine durchaus gute Ausgangslage für dieses Unterfangen. Einer der wichtigsten Mitstreiter Mockus', Peñalosa, kündigte bereits an, dass man diese Partei als „Partei des Zentrums“ aufstellen wolle. Hier wird abzuwarten sein, wie sich die ideologisch durchaus heterogenen Kräfte dieser Bewegung bei dieser Aufgabe positionieren und ob eine solche Aussage mehrheitsfähig ist. Interne Sollbruchstellen personeller wie programmatischer Natur sind hinreichend vorhanden.

Der Partido Verde steht vor der mentalen Hürde, von Alleinvertretungsansprüchen Abstand nehmen und sich koalitionsbereit zu zeigen. Das gilt vor allem für Mockus selbst.

Die Aussage, man sei nach den Präsidentschaftswahlen die zweite politische Kraft im Land, ist allzu simplifizierend. Die kolumbianische Geschichte kennt einige in Präsidentschaftswahlen erfolgreiche Wahlbewegungen, die eine Konsolidierung oder gar einen weiteren parteiorganisatorischen Ausbau und entsprechende Wahlerfolge nicht erreichten. Der Weg von einer aktuell nicht mehr als konjunkturellen Oppositionsbewegung zu strukturierteren Organisationsformen ist schwierig. Die parlamentarische Basis hierfür ist äußerst gering. Auch steht der *Partido Verde* vor der mentalen Hürde, von Alleinvertretungsansprüchen Abstand nehmen und sich koalitionsbereit zeigen zu müssen. Das gilt vor allem für Mockus selbst, sollte er eine führende Rolle bei dieser Herkulesaufgabe übernehmen.

AUSWIRKUNGEN AUF DAS PARTEIENSYSTEM

Für eine fundierte Einschätzung der Auswirkungen dieser Präsidentschaftswahlen und der Bildung der *Unidad Nacional* ist es deutlich zu früh. Das Wahlergebnis und die anschließende Entwicklung haben Sollbruchstellen in einigen Parteien offengelegt. Deren Aufarbeitung wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Ergebnisse dieser internen Prozesse sind schwer abschätzbar. Neben diesen innerparteilichen Entwicklungen in den betroffenen Parteien und dem Funktionieren der *Unidad Nacional* hängt auch viel vom Ausgang der Kommunal- und Regionalwahlen in der zweiten Jahreshälfte 2011 ab.

Vielfach wird die Auffassung vertreten, mit der *Unidad Nacional* trete Kolumbien in eine mit der *Frente Nacional* zwischen 1958 und 1974 vergleichbare Phase ein. Diese „Nationale Front“ bestand aus der liberalen und konservativen Partei, die sich turnusgemäß in der Staatsführung abwechselten und alle anderen politischen Machtebenen unter sich aufteilten. Verbunden wird diese Sicht mit der Einschätzung, dass mit dieser Präsidentschaftswahl und der *Unidad Nacional* das Mehrparteiensystem in der Substanz beschädigt und eine Rückkehr zum traditionellen Zwei-Parteiensystem vorhersehbar sei. Erfahrungswerte aus der kolumbianischen Geschichte prägen diese Analyse. Es erscheint jedoch problematisch, diese Erfahrungen auf einen Jahrzehnte später relevanten Kontext zu übertragen.

Diese Präsidentschaftswahl hat latente Sollbruchstellen in den Parteien aufgedeckt und vergrößert, und auch neue geschaffen. Eine teilweise Umgestaltung des Parteiensystems wird diese Entwicklungen fortsetzen.

Wie oben ausgeführt, hat diese Präsidentschaftswahl latente Sollbruchstellen in den bestehenden Parteien aufgedeckt und konfliktiver gemacht, und auch neue Sollbruchstellen geschaffen. Darin liegt fraglos das Potential einer partiellen Umgestaltung des aktuellen kolumbianischen Parteiensystems. Die Ausdifferenzierung der kolumbianischen Gesellschaft und Politik ist jedoch zu sehr fortgeschritten, als dass die These einer durch die *Unidad Nacional* nahezu zwangsläufigen Rückkehr zu einem Zweiparteiensystem überzeugen könnte. Das Funktionieren der *Unidad Nacional* muss sich im Alltag der kolumbianischen Politik erst noch erweisen.